

ung

illons, Raf.
er Baum.
er Baum.

it.
nders

g em

ase

f.

critr.

r.

el.

k.

eidens.

Contre.

iger.

sen.

ter.

en.

en.

ptz.

g.

g.

g.

Pfund's
Condensirte Milch
Beste Kindermahrung.
Breslauer Malzkorn
Sehr Fein

Dresdner Nachrichten

Closets & Badartikel
Friedrich Gappisch
Breslauer Malzkorn
Sehr Fein

41. Jahrgang.

Dresden, 1896.

Liebe's Nahrungsmittel (Liebig'sche Suppe)
bietet, in „Soxhlet“ zubereitet, mikrobene, der Muttermilch entsprechende, regelrechte Entwicklung des Säuglings sichernde Nahrung. Dem wahren Empfinden seitens der Herren Aerzte, wie von Familie zu Familie, ist wohlberühmt und bietet Anlass die Beachtung weiterer Kreise anzuregen. — Original-Flaschen in den Apotheken.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Garten-Schläuche
Grösstes Lager!
Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Haut und Haut gummiert.
Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt.
Reinhardt Leupold, Dresden-A., Wettinestr. 66
Telephon 319.

Tuchwaren.
Deutsche und englische Tuche, Buckskins, Kammgarns und Cheviots in nur soliden und farbechten Qualitäten zu billigen Preisen empfohlen.
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.
Mustersendungen franco.

Sportfestwoche. Grosse Auswahl in Neuheiten elegant garnirter Damenhüte. Sportfestwoche.

Nr. 131. Spiegel: Friedensschlußfeier in Frankfurt. Hofnachrichten, Architektverein, Sonntagsverkehr, Brief aus Budapest, Aufmerksamkeits Witterung; Gewitterwolg., heiter, warm. **Dienstag, 12. Mai.**

Politisches.

Es war ein mehr als glänzender, es war ein glorreicher Tag, den die alte Hauptstadt der Kaiser des heiligen römischen Reiches deutscher Nation vorgestern erlebt hat. Der Kaiser des neuen Reiches, das nichts Nämliches mehr an sich hat, das rein deutsch ist vom Scheitel bis zur Sohle, feierte am verflochtenen Sonntage das hundertjährige Gedächtnis der Unterzeichnung des Frankfurter Friedensvertrages, auf demselben Boden, der mit dem Geschick des alten Reiches so eng verbunden war, auf dem auch die mütigen Schwärmer für deutsche Einheit im Jahre 1848 sich zu gut gemeintem, aber verfehltem Thun zusammengefunden hatten. Im Maienmonat togte in Frankfurt a. M. vor 48 Jahren die deutsche Nationalversammlung, im Maienmonat des Jahres 1896 betritt Kaiser Wilhelm II. dieselbe Stätte, um dem Lenker aller Dinge im Angesicht der deutschen Nation dafür zu danken, daß in hundertjähriger friedlicher Kulturarbeit der deutsche Name groß und mächtig hat werden können in aller Welt. Das ist ein Wandel der Geschichte, so eindrucksvoll, so überwältigend groß und herrlich, daß die Seele mit dem Fluge des Adlers sich zur Sonnenhöhe emporheben muß, um die ganze schicksalvolle Gewalt solchen Wechsels erfassen zu können. Unter dem Banne dieses geschichtlichen Wechsels, der eine unvergleichlich erhabene Gegenwart mit den Erinnerungen einer mochtischen Vergangenheit verknüpft, stand die Feier des 10. Mai. Den Nachklängen, die vom Frankfurter Friedensfeste zu uns herüberdringen, wohnt eine so hehre Weisheit inne, daß es die Nation noch einmal annueth wie Feiertagswochen und Glockengeläute, daß wir uns gedrängt fühlen, die Herzen noch einmal aus dem Staube der Alltäglichkeit zu erheben und uns emporzuschwingen in jene Regionen, aus denen die Staubegeborenen sich die Begeisterung zu ewigen Werken, zu heroischen thätigen Thaten holen. Aus dem Borne idealer Gestaltungskraft, der in jenen lichten Höhen sprudelt, war auch die Rede des Kaisers geschöpft, die den Mittelpunkt des glanzvollen Festes ausmachte. Von dem rednerischen Gesamtwerke, das der Kaiser bei dem Festmahle im Palmengarten in Erweiterung auf die Ansprache des Frankfurter Oberbürgermeisters kultiviert, hebt sich in weithin leuchtendem Glanze der großartige Anspruch ab: „Wir erkennen aus dem prächtig-reichlichen Leben des hohen Herrn Kaiser Wilhelm's I., wie der Weltenschöpfer das Volk im Auge behielt, welches er sich erwählt hatte, um endlich der Welt den Frieden zu geben.“ Das sind Worte, die kein Wind verwehen wird, die stehen bleiben sollen im Buch der Geschichte des neuen Reiches, ungetrübt und unbefleckt, als ein ewiger Beweis, wie der dritte Träger der Kaiserkrone sein ihm von Gott verliehenes Amt ausführt, wie unerschütterbar seiner Seele der echt hohenmenschliche monarchische Pflichtbegriff eingeträgt ist. Der Kaiser gedachte aber auch gleichzeitig des Instrumentes, mit dessen Hilfe unser Volk nach dem Rathschlusse der Vorlesung zu hoher Kulturmission befähigt worden ist, unseres tapferen Heeres. Das deutsche Heer ein Werkzeug in der Hand des Allmächtigen, um nicht dem Deutschen Reich allein, sondern der ganzen Welt den von allen Nationen heiß ersehnten und ihnen allen gleich wichtigen Frieden zu sichern: das ist ein Gedanke, der nun der gesamten Entwicklung der letzten 25 Jahre mit so unmittelbarer Gewalt sich aufdrängt, daß er sicherlich zum nationalen Gemeingut werden wird, nachdem des Kaisers Mund ihn zuerst in Worte gekleidet und ihm feierlichen Ausdruck vor aller Welt verliehen hat. Wir, die wir dem kaiserlichen Ausspruch zustimmen, wollen ihn weithin im Herzen hegen und bewegen und unsere Dankbarkeit und unser Verständnis für die in ihm zu Tage tretende tiefe Auffassung der kaiserlichen Herrschaftspflichten dadurch bekunden, daß wir allezeit nach des Kaisers eindringlicher Mahnung „unser Volk in Waffen hoch halten, ehren und achten“. Wenn wir im innersten Herzen davon überzeugt sind, daß der Wehrdienst unseres Volkes einen Sühncharakter hat, daß er der Erfüllung der friedensvollen und trennungsbekämpfenden deutschen Kulturmission dient, mit welcher aufstrebender Freudigkeit wird dann Jeder, der sonst vielleicht murren und murren möchte, seine Pflicht im Dienste des Vaterlandes thun, wie gern wird er an seinem Theile bereit sein, auch die schwerste finanzielle Last mit tragen zu helfen, die der bewohnte Thron uns auferlegt. So erhebt das kaiserliche Friedenswort die ganze nationale Politik auf eine höhere Stufe und darf daher mit Recht als ein nationales Geschenk des Kaisers betrachtet werden. Nicht unwürdiger konnte der regierende Entel der heimgegangenen Kaiserfamilie feiern, als indem er zur Verherrlichung seines Andenkens die goldenen Worte sprach: Sie sind der deutschen Nation ein verehrungswürdiges Unterpfand dafür, daß die „Alles überwindende Idee des Erbfolgers des Hohenzollern“, die der Frankfurter Reichstagsversammlung bei der Enthüllung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. am Sonntag feierte, in alle Zukunft ihm sieghafte Kraft bewahren werde, zum Heile Deutschlands, zum Segen der Völkervereinigung, zum Fortschritt der Kultur und Gerechtigkeit, so weit deutscher Einfluß reicht, und als Voraussetzung alles dessen, zum Frieden.

gerecht zu werden, soweit das die Sprache in so knapper Fassung überhaupt vermag. Aus jedem Worte findet der Leser sofort den Segenschein heraus, den aufschlagen der Kaiser offenbar ein lebendiges, unüberwindliches Empfinden trieb. Der Kaiser sagt: „Mein lieber Fürst“, er spricht nicht nur von Dankbarkeit, sondern betont auch seine Verehrung für den Fürsten, er läßt nicht nur die Pflicht reden, sondern das persönliche Bedürfnis giebt ihm seine Worte ein. „Neben dem Namen des großen Kaisers Wilhelm“, so schließt die denkmalige Begründung, „wird der Name seines großen Königs in der Geschichte allezeit glänzen, und in meinem Herzen wird das Gefühl unaussprechlicher Dankbarkeit gegen Sie nie erlöschen.“ Auch darin weiß sich das deutsche Volk mit seinem Kaiser ein. Stets wird unter Volk in dem Schrein seiner Erinnerung das Bildniß der Bismarckverehrung unverehrt erhalten und mit dankbarem Anblicke zu dem emporhauen, der in der Zeiten Sturm und Drang fest stand wie ein Fels in der Brandung und nicht wankte und wich, ehe er das Geschick seiner Nation erfüllt hatte. Dank ihm heute und inmerdar, tausendfacher Dank, wie ihn die Zunge nur zu flammeln, nicht auszubringen vermag, weil es zu groß, zu unsagbar ist, was er uns gegeben hat! Dank aber auch dem Kaiser, der so offen, so rückhaltlos seinem eigenen Geschick der Verehrung und Liebe gegenüber dem großen Könige Ausdruck gegeben und sich dadurch ein neues schönes Denkmal im Herzen seines Volkes aufgerichtet hat.

Es war in allem und jedem eine echte, wahrhaftige Friedensfeier, die der deutsche Kaiser im Namen seiner Nation in Frankfurt begangen hat. Unsere Nachkommen rechts und links wird sie auf's Neue überzeugen, daß die gewaltige Wehrmacht des Deutschen Reiches ausschließlich und einzig dem Zwecke dient, den Frieden gegen jede ungerechte Störung zu sichern und dadurch dem deutschen Volke die Erfüllung der civilisatorischen Aufgaben zu ermöglichen, die ihm nach seinem durch das kaiserliche Bewußtsein bekräftigten Glaube von der Vorsehung gestellt sind. Zugleich aber hat auch das Frankfurter Fest unsere ganze Macht und unsere freudige Verehrung gezeigt, jeden Augenblick für die Einheit und Größe des Reiches „des Osters zu bringen, das das Vaterland von uns fordert. In diesem beruhigenden Bewußtsein dürfen wir mit heiterer Zuversicht den Grundstein zu den zweiten 25 Jahren des Bestehens des Reiches legen, nachdem zu den ersten 25 Jahren in Frankfurt der Schlußstein gelegt worden ist. Vergnügt das Volk, dem solche Feiern zu begehen von dem Weltentker befohlen wurde! So möge denn unser Volk sein Herz erheben zu Dem, der es so groß gemacht hat, und in das Goldene Buch seiner nationalen Gedächtnisse zum ewigen Gedächtnisse die Worte seines Kaisers schreiben: „Nur durch ihren Gott und mit ihrem Gott werden unsere Nachkommen etwas erreichen.“

Bernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11. Mai.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die 2. Lesung des Zuckerenergiegesetzes. Die Kommission hat die Vertriebssteuer, die nach der Vorlage als eine progressive eingeführt werden soll, ganz getilgt, ferner das Kontingent, bei dessen Uebersteigerung ein Zuschlag zur Zuckersteuer (und zwar in Höhe des Aufschlagssatzes für Rohzucker) zu entrichten sein soll, von 14 auf 21 Mark herabgesetzt, die Ausfuhrsteuer, statt auf 4 Mark, für Rohzucker auf 2 1/2 Mark normirt und eine besondere Besteuerung der Zuckerfabrikation aus Weglasse beschlossen. Es liegen dazu verchiedene Anträge vor. Vor Beginn der Verhandlung geht noch ein Antrag von Staudy und Gessen ein, im Falle der Ablehnung des ganzen Gesetzesentwurfes zu beschließen, daß das bestehende Zuckerenergiegesetz Gültigkeit auch über das Jahr 1897 hinaus haben solle. — Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. v. Staudy: Wir werden diesen Antrag bei der dritten Verhandlung als Prinzipialantrag stellen; wir haben ihn heute nur deshalb als Contingentantrag gestellt, damit es nicht scheine, als ob wir die Debatte über dieses Gesetz verbinden wollten. — Die Beratung beginnt bei § 65. — Die Abgeordneten Richter und Bingen beantragen Namens des Centrums Wiederherstellung der Betriebssteuer und zwar in folgender Höhe: bis zu 4 Millionen Mark 0,10 Mark, darüber bis zu 5 Millionen Mark 1/10 Mark, darüber bis 6 Millionen Mark 0,15 Mark u. s. w. für eine Million Mark 1/100 Mark mehr pro Doppelcentner Rohzucker. — Abg. Richter (freil. Volksp.) ist gegen die Betriebssteuer, die um so weniger nöthig sei, als schon die Kontingentsteuer so hoch bemessen, resp. die Erhebung derselben eine so große sei, daß dadurch die Verbrauchssteuer des Reiches für das Reich bleiben. Die Betriebssteuer bedeute eine Strafe für die Großbetriebe, besonders für die im Osten. — Abg. v. Buttkeamer-Blauth (sonj.) erklärt, der größte Theil seiner Freunde halte an dem Kompromiß zwischen den verschiedenen Richtungen, welche die Kommissionsschlüsse darstellten. Bezüglich der Betriebssteuer siehe er ganz auf dem Standpunkte Richter's. — Abg. Weber (Centr.): Die große Mehrzahl meiner Freunde wird, wenn der Antrag Bingen angenommen wird, im Uebrigen für die Kommissionsschlüsse stimmen; werde der Antrag Bingen aber abgelehnt, so würde zu seinem Bedauern das Inlandekommen des Gesetzes sehr gefährdet. — Schatzsekretär Graf v. Bismarck bittet dringend, die Betriebssteuer wieder herzustellen, auch für die größeren Betriebe würde dieselbe nur 23 Pfennige pro Doppelcentner betragen. — Abg. Hesse (lib.) bekämpft die Betriebssteuer und zugleich die Sonderbesteuerung der Raffineriebetriebe. — Abg. v. Kommerow (Pol.) spricht gegen die Betriebssteuer, die in seiner Meinung als schwere Ungerechtigkeit empfunden werde. — Abg. Dr. Feiler (lib.), Freiherr v. Stumm (Reichsp.) und Graf v. Bernstorff (Welle) erklären, daß ihre Freunde für den Antrag Bingen stimmen, während Abg. Schippel (Soz.) dagegen spricht, indem er ausführt, die kleineren Betriebe seien vorzugsweise im Besitze von Einzelbetriebe, die Großbetriebe dagegen im Besitze von vielen kleineren Betrieben. Die Betriebssteuer schädige also wieder die Kleinrenten zum Vortheile der Großrenten. — Der Antrag Bingen auf Wiederherstellung der Betriebssteuer

wird in namentlicher Abstimmung mit 122 gegen 110 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten Freisinnige, ländliche Volkspartei, Sozialdemokraten, Polen, Antikemiten, vereinzelt Reichsparteiler und die meisten Konservativen. Die Beratung wendet sich zum § 80: Kontingentierung auf 17 Millionen Doppelcentner. Abg. Richter (freil. Volksp.) lehnt im Interesse des Ostens eine Kontingentierung ab. — Abg. Gamp (Reichsp.) befreit, daß der Osten geschädigt werde, wenn nur die Festen befreit werden, welche dieses Gesetz der Errichtung neuer Fabriken anleitet. Er findet einen diesbezüglichen Antrag an; sollte derselbe abgelehnt werden, so würde er allerdings gegen das Gesetz stimmen müssen. — Abg. Richter (freil. Volksp.) bekämpft die Kontingentierung, die auch die Zuckerindustrie selbst schädige, indem sie die Fabrikanlagen zu Ueberproduktionen reizen würde. — Abg. Dr. Richter (Centr.) erklärt eine Kontingentierung für notwendig gerade behufs Verhinderung einer Ueberproduktion. Die Kommission habe aber das genannte Kontingent mit 17 Millionen zu hoch bemessen. Seine Freunde würden gegen die 17 Millionen stimmen, jedoch für höchstens 15 oder 14 Millionen Doppelcentner, wie die Regierungsvorlage vor schlägt. — Schatzsekretär Graf v. Bismarck: Auf eine Wiederherstellung der Materialsteuer könne die Regierung auf keinen Fall eingehen, auch mit dem einfachen Fortbestand des bestehenden Gesetzes nicht geüben. Höhere Bismarck beabsichtigt es wegen der Verhandlungen mit dem Auslande über internationale Abschaffung der Bismarck. Erhöhe man die Bismarck, so sei die Kontingentierung nicht zu umgehen. Wer die Abschaffung der Bismarck wolle, müsse sich den höheren Bismarck zunehmen. Er selbst sei auch recht noch der Ansicht, daß eine Kontingentierung von 14 Millionen und eine Prämie von 4 Mark das Richtige sei, am liebsten ohne oder das Haus nicht eingehen zu wollen. — Abg. Graf Bernstorff (Welle) plaidirt für möglichst hohe Kontingentierung. — Abg. Bauske (nl.) hält Richter vor, wer in der Kontingentierung eine Strafe für den deutschen Fortschritt erblicke, müsse doch gerade die Kontingentierung möglichst hoch gestrichen werden. Abg. v. Buttkeamer-Blauth (sonj.) erachtet eine Kontingentierung für unzulässig und befürwortet Annahme derselben in Höhe von 17 Millionen Mark. — Abg. Richter (freil. Volksp.): Die jetzige Ueberproduktion an Zucker sei offenbar die Folge der in Aussicht stehenden hohen Ausfuhrprämien. — Es wird ein Schlußantrag angenommen, worauf der Antrag der Kommission auf Kontingentierung in Höhe von 17 Millionen mit 133 gegen 107 Stimmen Annahme findet. Dafür stimmen Nationalliberale, Reichspartei und Reformpartei geschlossen, die Konservativen mit vereinzelten Ausnahmen und der größere Theil des Centrums. — Weiterberatung morgen.

Berlin. Der Bundesrath, sowie das preussische Staatsministerium hielten heute Sitzungen ab. Auf der Tagesordnung des Bundesrathes standen die Vorlagen über eine anderweitige Organisation der Schutztruppen und über die Einrichtung der Wehrpflicht bei diesen Truppen, sowie der Handelsvertrag mit Japan. Der japanische Handelsvertrag wurde genehmigt. Die Regierung legt Werth darauf, daß der Entwurf auch vom Reichstage noch in dieser Session erledigt werde.

Berlin. Die Gewerbeausstellung war gestern von ca. 120,000 Personen besucht. Durch die elektrische Straßenbahn wurden mehrlache Unfälle veranlaßt: eine alte Frau wurde überfahren und sofort getödtet, ein fähriges Kind lebensgefährlich verletzt, ein Fremder, der mit der elektrischen Bahn kollidirete, wurde ungewunden. Die Massen derselben herausgeschleudert und 5 Personen verletzt. D a m b u r g. Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Gieschen ist gestorben.

Stoly i. B. In dem Prozeß Weisenthal wurde heute der bekannte Sozialdemokrat Regierungsbaummeister a. D. Kehler-Weisenthal als Zeuge vernommen. Dieser befandte, er sei im Jahre 1878 im Dienste des Geh. Kommerzienrathes Becker gewesen. Dieser habe bei einem in der Provinz Sachsen vorgenommenen Bahnbau einen Beamten befohlen, ferner seine Angehörigen zum Weineid zu verpflichten und sich verpflichtet, durch Vermittlung des Weineides zu haben, daß ihm durch etwaige Anlegung eines fährlichen Weineidens herabgesetztes Konkurrenz gemacht werde. Der Vertreter des Weineidens beantragte darauf prinzipiell die Verurteilung, ev. die Anlegung der Verhandlung, um sich über die Glaubwürdigkeit des Zeugen unterrichten und die von diesem befandeten Thatsachen prüfen bezw. Gegenzeugen schaffen zu können. Die Verhandlung wurde bis Freitag ausgesetzt.

Kassel. Die Weisefähre „Wambek“ ist umgefallen. 6 Personen, darunter ein Vater mit 2 Söhnen, sind ertrunken. Strahburg. Im Torie Geleisweiche sind gestern 40 Weisefähre niedergebrannt. Eine große Anzahl Vieh kam um und große Futtervorräthe sind vernichtet. Man vermutet Brandstiftung. Akenwerder. Eine Anzahl junger Leute, die gestern Lärm und Unruhe vertrieben, verurtheilt und beschimpfte einen Gewerbetreibenden, welcher Ruhe gebot. Als der Beamte einen der Unruhmacher verhaften wollte, entloh erdies. Da er den wiederholten Aufforderungen des Gewerbetreibenden, still zu stehen, nicht nachkam, schloß derselbe und traf den Unruhmer, der sofort todt niederfiel.

Graz. Der Tourist Stephan Wollhofer von hier ist vom Hochalpe bei Minich (Obersteiermark) abgestürzt und todt geblieben.

Paris. Das Endergebnis der Gemeinderathswahlen in Frankreich ist, daß die Republikaner mit 23 von 51 Arrondissementen die Mehrheit haben. In 23 Arrondissementen haben die Radikalen oder Sozialisten, in 2 die Konservativen die Mehrheit; in 12 Arrondissementen ist die Mehrheit zweifelhaft.

Rom. Die Regierung ist entschlossen, für die Gelangenen dem Regus eventuell 4 Millionen Lire zu zahlen. Petersburg. Nachdem das Kriegsgericht in Kisch die russischen Grenzsoldaten, die im Oktober v. J. an deutschem Gebiete zwei deutsche Frauen ermordeten, zum Tode verurtheilt hat, hat Finanzminister Witte, als Chef der russischen Grenztruppe, der deutschen Reichsregierung für die Hinterbliebenen der beiden ermordeten Frauen dieser Tage ca. 25,000 Mark überweisen lassen.

Petersburg. Die „Kotowje Wremja“ veröffentlicht ein Telegramm aus Sibirien, in welchem es heißt, daß dieselbe eine Schule mit russischer Unterrichtssprache eröffnen werde. Der Unterricht sei unentgeltlich. Die politische Lage in Sibirien ist ruhig.

Konstantinopel. Hier wurden zahlreiche Verhaftungen von Armeniern vorgenommen. New-York. Der englische Dampfer „Lagado“ ist am Sonnabend mit unbekanntem Bestimmungsort in See gegangen. Man vermutet, daß eine Alibust-Expedition, bestehend aus 100 Kubanern mit Waffen, Munition und Tannin, im Schiffschiff bei Kwantan Point auf Long Island auf dem Dampfer „Lagado“ übergeführt wurde.

Mein-
Grosshandlung
Heinrich Grell
Zahnkass. 2
mit Kaiserl. Küche
Wein-
Restaurant